

# **„AG Soziale Grundrechte / Stoppt die Hartz-Pläne!“ will sich am Montag, 9.12., 19.30 Uhr, im Bahnhof Langendreer erstmalig regionalweit treffen.**

Gegen die „wahrscheinlich massivsten Angriffe auf grundlegende Standards und soziale Grundrechte der lohnabhängigen Bevölkerungsmehrheit seit Bestehen der Bundesrepublik“ gab es - im Anschluss an die Veranstaltung mit Daniel Kreutz zu den „Hartz-Vorschlägen“ am 18.11. im Bahnhof Langendreer - den vielfachen Wunsch, auch aktiv und möglichst gemeinsam tätig zu werden:

Daniel Kreutz hatte zuvor die Hartz-Pläne als „entscheidenden Teil eines anti-sozialstaatlichen Systemwechsel“ beschrieben, der in seiner Bedeutung nicht hinter der Riester-Rente zurückstehe. Mehr

Wirkliche Beschäftigungseffekte würden kaum erreicht. Dagegen solle ein **Einspar-Effekt von bis zu sieben Mrd. Euro jährlich** auf dem Rücken der Arbeitslosen erzielt werden. Die wirklichen Hartz-Ziele seitens Wirtschaft und Regierung würden u.a. betreffen:

- Ausweitung prekärer Arbeit zu Niedriglöhnen, \*Neutralisierung des Kündigungsschutzes, \*Verschärfung des Druckes auf die Opfer der Arbeitslosigkeit in Richtung „Pflichtarbeitsystem“, \*Verschlechterung der finanziellen Lage der Sozialversicherungen, \*Tendenzen zu völligem Ausstieg aus der Sozialversicherung, \*weitere Benachteiligung von Frauen, \*massive Umverteilung zugunsten der Arbeitgeber, \*erhebliche Verschlechterung der Versicherungsleistungen bei der Erwerbslosenunterstützung mit dem Höhepunkt der Abschaffung der ALHI, \*Umwandlung der Arbeitslosenversicherung in ein Instrument der Wirtschaftsförderung.
- Dabei sollen nicht nur die Erwerbslosen getroffen werden, sondern die gesamte Arbeitswelt solle unter Druck gesetzt werden – inklusive der Förderung von mehr Untertanengeist.

Die TeilnehmerInnen der Diskussion waren regionalweit und aus unterschiedlichsten Zusammenhängen gekommen, darunter viele aus Arbeitslosen-Inis und von Gewerkschaften (v.a. IG Metall und Ver.di).

Die gemeinsame Empörung über die Regierungs-Angriffe bei gleichzeitig kaum existenter Oppositionsmöglichkeit könnte diesmal bewirken, was auch in anderen Regionen bereits Wirklichkeit ist: eine arbeits- und widerstandsfähige Kooperation von unten.

**Insofern ist äußerst wichtig, dass dieser Termin im Dezember breit bekannt gemacht wird!**

(Der o.g. Name der möglichen AG ist übrigens noch nicht so beschlossen, sondern ad hoc angelehnt an das (breite) „Berliner Bündnis für Soziale Grundrechte – Stoppt die Hartz-Pläne“)